Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 6,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin besteht man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: { Schriftleitung: Zentrum 1580, 1582, 1583 / Geschäftsstelle: Lützow 3248
Postscheckkonto: Berlin 25 132.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 50 Pf. für die sechsgespaltene Markzeile und von 2,— Mark für die viergespaltene Maßreklamezeile entgegen. Zuschlagen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 354. [57. Jahrgang.] Mittwoch den 28. November 1917. Morgen-Ausgabe. [57. Jahrgang.] Nr. 354.

Der Eroberungsfeldzug des Verbandes.

Die Empörung der Entente über den Waffenstillstandsvorschlag der russischen Regierung bedeutet, wie das Wiener „Fremdenblatt" ausführt, wohl das deutlichste Eingeständnis, daß unsere Gegner einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg führen. Sie haben jetzt Farbe bekannt, und die erpresserische Politik, die sie jetzt Rußland gegenüber anwenden, muß jedem Unbefangenen den Wert der großen Phrasen von Selbstbestimmungsrecht, Freiheit und Gerechtigkeit klar werden lassen. Selbstbestimmungsrecht heißt offenbar, daß England, Frankreich und Amerika selbst das Recht haben, das Schicksal Fremder zu bestimmen. Freiheit bedeutet die Erlaubnis, an der Seite der Entente Krieg zu führen, Gerechtigkeit, daß sich in die inneren Angelegenheiten der Ententestaaten niemand hineinmischen darf, sie aber den Anspruch besitzen, nach ihren Gutdünken feindlichen Mächten Vorschriften zu geben, wie diese ihr staatliches Leben gestalten sollen. Die neue russische Regierung hat in ganz entschiedener Weise gegen die Einmischung der Entente in die inneren Verhältnisse Rußlands protestiert. Es ist nicht ein Despot wie Nikolaus II., der sich gegen die Tyrannei der Westmächte erhebt, sondern eine Regierung, die sich auf den äußersten Flügel der Nation stützt. Aber sie hat das Verbrechen begangen, Frieden zu begehren, einen Frieden, der das Dasein der Mittelmächte nicht gefährdet, und deshalb wird sie in Acht und Bann getan von jenen Staatsmännern, die die Fortführung des Krieges als einziges Mittel für das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkünden. Der Umsturz in Rußland ist eine Katastrophe für die Westmächte, nicht bloß eine militärische, sondern in noch höherem Grade eine moralische Katastrophe.

Die Erkenntnis, daß die wahren Gründe, die den Verband zum Krieg geführt haben, sich nicht mit den von ihnen verkündeten Kriegszielen decken, konnte nicht besser entschleiert werden, als durch die Veröffentlichung der Geheimverträge. Daß diese Veröffentlichungen besonders auch bei den Neutralen die Wirkung auslösen, die festzustellen dem Verband recht peinlich sein dürfte erhellt aus einer Stockholmer Meldung, nach welcher „Sydsvenska Dagbladet" über die Veröffentlichung der Geheimverträge sich folgendermaßen äußert:

Aus dem, was erschienen ist, geht hervor, daß die Leiter der englischen und französischen auslandischen Geschäfte schwerwiegende Gründe gehabt haben, um eine Veröffentlichung zu fürchten. Es genügt, um allen ruhig Urteilenden die klare Einsicht zu geben, daß die Entente weder für Freiheit und Recht, noch aus Fürsorge für die Unabhängigkeit der kleinen Nationen den Krieg geführt hat, sondern daß ihre Ziele sehr umfassende Eroberungen und durchgreifende Umstürze in Europa und Asien gewesen sind.

Ein weiteres Zeugnis von der sich in neutralen Ländern verbreitenden Erkenntnis ist auch eine Zuschrift an das Kopenhagener Blatt „Socialdemokraten", dem ein Friedensfreund in bezug auf die letzten Aeußerungen Clemenceaus und Carsons schreibt:

„Ich entdecke, daß der Weltkrieg ein Handels- und Industriekrieg von ein enhaltem Umfange ist und daß die Rede von dem Kampf gegen den deutschen Militarismus und für das Recht der kleinen Nationen nur Phrasen sind, die ausgenutzt werden, um die Kriegsstimmung der Völker aufrecht zu erhalten. In den neutralen Ländern leiden wir immer mehr unter der Herrschaft Englands auf den Meeren, die einen vollständig gesetzmäßigen Handel unsererseits verhindert. Ich verstehe jetzt besser als früher, weshalb England auf allen Friedenskonferenzen sich einer internationalen Uebereinkunft über die Unverletzbarkeit des Privateigentums zur See widersetzt hat, und ich verstehe, weshalb eins der Kriegsziele Deutschlands die Freiheit der Meere ist. Aber gerade hieran sind die kleinen Staaten interessiert. Denn die Meere sind nicht frei, solange eine einzelne Großmacht beim Kriegsausbruch den gesetzmäßigen Handel sperren und alle neutralen Staaten aushungern kann.

Von den Fronten.

Berlin, 27. November. Bei Stumm und Ayon verlief in Flandern der Vormittag des 26. November mit ganzlicher beiderseitiger Gefechtstätigkeit. Erst nachmittags steigerte sich den Westroseberke bis Zonnebeke das Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit. Am Abend und dann der Nacht, bis Hauptkampfes Wolf erneut Feuersteigerung ein. Westlich Poel, Stadt Dixmude arbeiteten beiderseits Patrouillen. Verschiedentlich vorstehende englische Patrouillen wurden restlos abgewiesen.

Auf dem Hauptkampffelde von Cambrai wurden am Vormittag mehrfach englandische feindliche Abteilungen im Bisbarhof Meeuwdreef starker wirkungsvolles Vernichtungsfeuer genommen. Am Nachmittage setzte besonders in Gegend Bourlon und Fontaineng starker Artilleriekampf ein. Auch hier faßte unsere Artillerie ihr Feuer gegen Ansammlungen bei, Grabenwurf und Annäherungsgraben. 6 gegen Feindliche aufsteigende Panzerwagen wurden durch ihr Feuer zur schleunigen Umkehr gezwungen. Südlich Zuchy entwickelten sich 6 Uhr abends bei lebhaftem Feuer schwerer Kaliber für uns günstige vorübergehende Handgranatenkämpfe. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte, starke feindliche Infanterie brach um 7 Uhr 30 abends gegen Bourlon Dorf nach Westen zum Angriff vor. In erbittertem Nah- und Infanteriekampf wurden die Engländer unter schwerstem Verlusten abgeschlagen. In der Südspitze des Bourlonwaldes ist ihm Engländerneft verblieben. Im übrigen ist Dorf Bourlon sowie der Bourlonwald gestern dem Feinde entrissen. Es ist in unserer Hand. An dieser Stelle des Kampfschauplatzes suchen die Engländer den ihnen niederschlagen mißlungenen Angriffen und in weiteren nachtlichen Gegenstößen aufzuordentlich schwere Verluste zu fügen. Ihre überlegene Zahl und Masse vermochte jedesmal dem Heldenmut unserer tapferen Infanterie.

Ein in Gegend La Folie gegen 8 Uhr abends sich vorbereitender Angriff kam in unserem Vernichtungsfeuer nicht zur Durchführung. Auf dem ganzen Kampffelde erhielten die Engländer vor jedem Angriff schwere Verluste durch das Flankierende Artilleriefeuer unserer Batterien, die besonders in dem übersichtlichen Gelände in der Lage sind, schnell ihr vorbereitendes Feuer auf die wechselnden Kampfhandlungen zu richten.

Nordwestlich Gouzeaucourt richten gelegentlich die Artillerietätigkeit auf einzelne Einbrüche zu und steigerte sich weiterhin zum Sturmartillerietage.

Oestlich Neuvelle setzte gegen 7 Uhr 30 vormittags ein starker feindlicher Feuerüberfall auf unsere Stellungen am Kral- und Pfeilberge ein. Nach starkem Artillerie- und Minenfeuer auf unsere Stellungen nördlich Peuvy erfolgte gegen 5 Uhr nachmittags ein starker feindgefischter Teilvorstoß, der im Abgeschlag abgewiesen wurde. Die Verluste des Feindes sind schwer.

Oestlich der Maas nahm nach vorbereitungsmäßig mäßigen Vormittage lebendiges in Gegend Ornes am Nachmittage das Feuer zu und griff gegen Abend auch auf unseres Stellungen bis an die Maas über. Mehrfach erkundete feindliche Bewegungen wurden mit Erfolg unter Feuer genommen.

Die „Freiheit" in Frankreich und Amerika.

Das „Berner Tagblatt" schreibt über die unterschiedliche Behandlung des demokratischen Grundsatzes in den Pseudodemokratien Frankreich und Amerika:

„Die Entente schrieb, seit das demokratische Amerika sich ihr angeschlossen, neben dem Kampf für Recht und Kultur noch den Kampf für die Demokratie auf ihre Fahnen. Das freut uns schweizerische Demokraten sehr, freilich nur theoretisch, weil es uns vollständig gleichgültig ist, wie die Völker ihre politischen Einrichtungen treffen. Wir lassen uns auch durch das Schlagwort „Demokratie" nicht blenden, sondern sehen in jedem einzelnen Falle auf die Praxis. So z. B. können wir Frankreich den Charakter einer Demokratie absolut nicht zuerkennen, da das Volk dort unendlich weniger zu sagen hat, als im zurückgebliebensten Kanton der Schweiz.

Aber die Vereinigten Staaten, sollte man annehmen, werden doch demokratisch regiert. Aber mit der Forderung auftritt, alle Völker hätten demokratische Staatsformen anzunehmen, von dem dürfte man voraussetzen, daß er ein wahres Musterbeispiel demokratischer Regierung darstelle.

In einem demokratischen Lande muß vor allem die Forderung erfüllt werden, daß keine wichtigen Verträge, die eventuell zum Kriege führen könnten, ohne die Einwilligung des Volkes oder doch des Parlaments abgeschlossen werden dürfen. Wie in Frankreich gegen diese Forderung gekandelt wird, zeigten die Enthüllungen des Reichskanzlers über die Eroberung des linken Rheinufers. Nicht einmal die Kammer hatte davon eine Ahnung.

Nun möchten wir auf ein Vorkommnis aufmerksam machen, aus dem hervorgeht, daß auch Herr Wilson, der von den Mittelmächten demokratische Regierung verlangt, auf diese Forderung — der Ausdruck „pfeift" ist nicht höflich genug — verzichtet, wenn's ihm paßt.

Amerika hat mit Japan einen Vertrag abgeschlossen, dem zufolge Amerika an Japan Eisen liefern sollte, während Japan Schiffe zu stellen hätte. Da aber Herr Wilson nicht wollte, daß der amerikanische Senat dazu etwas zu sagen habe, vermied er die Form eines Vertrages und wählte dieienige eines bloßen Notenwechsels. Das entnehmen wir dem gewiß unverdächtigen Genfer „Journal" Nr. 321. Nun fragen wir: Ist diese Art, die Volksvertretung zu umgehen, demokratisch? Darf ein Land, dessen Regierung solche Wege wandelt, den andern demokratische Einrichtungen mit Gewalt der Waffen aufzwingen?

Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Daß sich die Verhandlungen endgültig zerschlagen haben, tut nichts zur Sache. Die Absicht der Umgehung war vorhanden. Das ist das Charakteristische an dieser Art von Demokratie.'

Das russisch-französische Orientabkommen.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 27. November. Abends. (W. T. B.)

Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai sind starke englische Angriffe zwischen Bourlon und Fontaine gescheitert. Erbitterte örtliche Kämpfe dauern noch an. Im Osten und an der italienischen Front: nichts Besonderes.

Frankreichs Forderungen im Orientabkommen.

Stockholm, 27. November. Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur sind die Forderungen, die Frankreich in dem Abkommen über Rußlands Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen stellte und denen Rußland zustimmte, die folgenden: Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben mit Einschluß der Eisen- und Kohlengrubengegenden. Die am linken Rheinufer gelegenen Gebiete müssen von Deutschland getrennt und von jeder Abhängigkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung von Deutschland befreit werden. Aus diesen Gebieten soll ein freier neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt werden soll bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen sein wird.

Die Kriegsziele der Vereinigten Staaten.

Kopenhagen, 27. November. „Socialdemokraten" vom 26. November weist in einem Artikel auf die bemerkenswerte Tatsache hin, daß Wilson kürzlich in einer Arbeiterversammlung über die Bagdadbahn gesprochen habe. Er sehe ein, daß es nicht länger Sinn habe, von der Demokratisierung Deutschlands als Kriegsziel Amerikas zu sprechen, besonders nicht, nachdem diese Demokratisierung im vollen Gange sei. Aber in imperialistischen Kreisen Amerikas spielt der Kampf um den chinesischen Markt und die Ausbeutung Asiens, insbesondere Klein-Asiens, eine ungeheure Rolle, und unzweifelhaft sind weite Kreise der Arbeiter hierdurch beeinflußt. Belgien, Nordfrankreich, Elsaß-Lothringen oder wie diese kleinen Länder heißen — alles dies kann ja sehr interessant sein, aber sollen wir außer den Japanern, die schon behaupten, daß sie vor allen andern Rechte in China besitzen, uns auch einer deutschen Eisenbahnanlage aussetzen, die China mit Europa verbindet, oder sollen wir nicht jetzt, da die Gelegenheit da ist, diesen Konkurrenten niederschlagen? Dies war der Sinn der Worte Wilsons, als er den amerikanischen Arbeitern erklären wollte, „weshalb man Deutschland nicht die völlige Kontrolle über Oesterreich-Ungarn und so gut wie die vollständige Kontrolle über die Balkanländer, die Türkei und Kleinasien lassen könnte."

Endlich ist das Kriegsziel enthüllt, ohne Phrasen von „Befreiung" oder „Demokratisierung" sieht es vor der Menschheit. Keine deutsche Eisenbahn durch Asien, damit die freie Ausbeutung Indiens durch England und die freie Ausbeutung Chinas und des übrigen Asiens durch Amerika nicht bedroht werde. Für dies Ziel verblutet Europa.

Der Oberste Kriegsrat.

Zu der Frage des Obersten Kriegsrates bemerkt „Birmingham Daily Post" vom 16. November: Die Befürchtung herrscht vor — und in manchen Kreisen wird mit dem Gedanken gespielt, um eine Waffe gegen die Regierung zu haben —, daß nicht nur die Stellung von Sir William Robertson als Generalstabschef in Frage gestellt und geschwächt wird, sondern daß Sir Douglas Haig tatsächlich durch einen französischen General im Kommando der britischen Truppen in Frankreich ersetzt werden soll. Es ist leicht zu verstehen, daß, wenn nicht mit einem derartig leichhin ausgesprochenen Verdacht gründlich aufgeräumt wird, viel Unheil angerichtet werden kann. Solange es sich nur um ein seit den letzten Wochen in den militärischen Klubs und Salons umherschwirrendes Gerücht handelt, war es das beste, die Sache zu ignorieren. Jetzt aber ist sie zum offenen Tagesliicht durchgedrungen und sollte eine Erledigung im Parlament finden.

Die englische Zensur.

Rotterdam, 27. November. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus **London**: 46 Unterhausmitglieder, meist Pazifisten oder unabhängige Radikale, haben einen Antrag gegen die geplante Verordnung eingebracht, die Zensur künftig auch auf politische Flugschriften auszudehnen.

Die ukrainische Republik.

Rotterdam, 27. November. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt „Daily Chronicle" aus Petersburg vom 25. November: In Kiew ist die Macht in den Händen der ukrainischen Rada, die die ukrainische Republik ausgerufen hat. Die Republik wird mit Rußland vereinigt bleiben und umfaßt die Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Jekaterinoslaw, Cherson und Tauris. Alle Regierungsstellen in Kiew sind in den Händen der Ukrainer und die russischen Blätter sind beschlagnahmt. Am 20. November hat die Rada ein Manifest erlassen, in dem die Republik ausgerufen, alle privaten Ländereien, der Grundbesitz der Klöster und die Domänen in dem ukrainischen Gebiet als Staatseigentum erklärt werden und die gesetzgebende Versammlung der Ukraine für den 22. Januar einberufen wird. Die Wahlen werden am 9. Januar abgehalten werden.

Im Gouvernement Kiew und in anderen südlichen Gouvernements herrscht eine Epidemie von heftigen agrarischen Unruhen, in deren Verlauf viel Schaden an Gebäuden und Vieh angerichtet wurde. In Schwa fand ein Pogrom gegen die Juden statt.

Amsterdam, 27. November. Ein hiesiges Blatt meldet: „Times" erfährt von maßgebender Seite in Petersburg, daß in einer Zusammenkunft der Gesandten auf der amerikanischen Botschaft beschlossen wurde, Trotzkis Note, die als nicht empfangen gelten soll, zu ignorieren.

In einer Versammlung im Smolnistitut kritisierten verschiedene Redner Lenin und Trotzki lebhaft.

Großfürst Michael ist im Smolnitutitut interniert. Der frühere Gehilfe des Kriegsministers Sawinkow erhielt Hausarrest. Wie verlautet, zieht Kaledin große Truppenmassen im Dontale zusammen, die durch von der Front genommene Truppen verstärkt werden.

Amsterdam, 27. November. Ein hiesiges Blatt erfährt aus Petersburg vom 25. November: Der Kongreß der Städtevertreter und der Semstwos beschloß eine neue demokratische Parteiorganisation mit folgendem Programm zu gründen: 1. Protest gegen die Aneignung der Macht durch die Maximalisten, 2. die konstituierende Versammlung wird als die einzige Machtquelle angesehen, 3. Herstellung aller Freiheit, 4. Uebertragung des Grund und Bodens an die Agrarkomitees, 5. Beschleunigung der Friedensverhandlungen. Bis zur Bildung eines neuen Kabinetts soll jede Regierungsgewalt in Händen der Städtevertreter und der Semstwos ruhen.

Der Verband und Rußland.

Paris, 27. November. (Havas.) Der „Temps" bestätigt, daß bei Eröffnung der Konferenz der Alliierten in Paris die französische Regierung vorschlagen wird, durch eine gemeinsame Erklärung die Gefahren, denen sich Rußland durch die Usurpatoren, die augenblicklich in Petersburg herrschen, aussetzt, festzustellen. Es wird sich auch darum handeln, die Verletzung der von Rußland eingegangenen Verbindlichkeiten zu brandmarken, da Rußland Sonderverständigungen mit dem Feind einzuleiten sucht und Dokumente veröffentlicht, die nur auf allgemeinen Beschluß veröffentlicht werden dürfen. „Temps" fügt hinzu, daß Frankreich, das mit Rußland vor dem Kriege verbündet war, infolgedessen besonders schwerwiegende Gründe habe, sich zu beschweren und vollkommen entschlossen sei, die Initiative der Proteste zu ergreifen, denen es seine besonderen Beschwerden hinzufügen muß.

Die letzte „Freiheitsanleihe"?

London, 26. November. (Central News.) Wie verlautet, hat der amerikanische Schatzsekretär Mc. Adoo Lord Reading vor dessen Abreise aus den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß die zweite Freiheitsanleihe wahrscheinlich die letzte große Kriegsanleihe sein werde. Mc. Adoo ist der Ansicht, daß der Geldmarkt durch die regelmäßige Beanspruchung großer Anleihebeträge in Verwirrung gebracht werden würde und schlägt deshalb vor, nach dem Vorbilde Englands Geld gegen Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine zu beschaffen.

Unwetter in England.

London, 26. November. (Central News.) England wurde gestern von schweren Regen- und Schneestürmen heimgesucht, die in einigen Bezirken besonders Schaden anrichteten. In den Gebirgsgegenden sind Hunderte von Schafen umgekommen, Kartoffeln, Getreide und Brennmaterial wurden weggefegt oder beschädigt. Viele Ortschaften wurden überschwemmt.

Die Geheimverträge.

Die Veröffentlichung der Geheimverträge geht ihren Gang; die Petersburger Zeitung „Prawda" setzt, wie aus Stockholm berichtet wird, die Enthüllungen fort. Die vom 27. November datierte Meldung lautet:

Von den durch die bolschewistische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten seien die folgenden auszugsweise mitgeteilt:

An erster Stelle wird in der „Prawda" ein Aktenstück mitgeteilt, das im Blatte die Ueberschrift trägt: „Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und den Sund". (Eine Information.) Am 19. Februar (4. März) 1915 übergab der Außenminister den französischen und englischen Botschaftern ein Memorandum, in welchem als wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Rußland überlassen werden möchten: Die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosporus bis zum Samraiflug und einem später näher zu bestimmenden Punkt am Ismidgolf, die Inseln im Marmarameer und die Inseln Imbros und Tenedos. Frankreichs und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangetastet bleiben. Sowohl Frankreichs wie Englands Regierung gaben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, unsere als wünschenswert bezeichneten Ziel gut zu heißen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich endete, und andererseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegengekommen werde, die sich teils auf Gebiete des Osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete bezogen. — Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galten, folgende: Konstantinopel wird als ein Freihafen anerkannt zur Transitierung von Waren, welche weder von Rußland kommen noch nach Rußland gehen, und Handelsschiffe sollten freie Durchfahrt durch den Sund haben. England und Frankreich sollten in der asiatischen Türkei Rechte zuerkannt werden, welche durch ein Sonderabkommen zwischen Frankreich, England und Rußland genau fixiert werden sollten. Die heiligen Stätten der Mohammedaner und Arabien sollten einem unabhängigen mohammedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1907 neutralisierte Zone in Persien sollte als zu Englands Interessensphäre gehörig anerkannt werden.

Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannte, daß diesen Forderungen entgegengekommen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte. — In der Formulierung unserer Wünsche betreffend die heiligen Stätten der Mohammedaner müßte unmittelbar klargestellt werden, ob diese Stätten unter türkischer Oberhoheit verbleiben und der Sultan weiter das Kalifat bekleiden sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Kalifat von der Türkei getrennt würde. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrten nach den heiligen Stätten frei bleiben. Rußland geht darauf ein, die neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend anzuerkennen, hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete der Städte Ispahan und Jesda Rußland zugesichert werden und daß der Teil der neutralen Zone, welcher wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Rußlands Grenze bei Sulaafar nähert, der russischen Interessensphäre zugewiesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außerdem gleichzeitig Entscheidung getroffen werde betreffend das an Rußland grenzende nördliche Afghanistan in der Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen des Jahres 1914 ausgesprochenen Wünsche.

Nach Eintritt Italiens in die Reihe der kriegführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, welche ihre Einwilligung aussprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit Sieg endete, daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten im besonderen Entgegenkommen finden und daß wir in den uns zufallenden Gebieten Italien dieselben Rechte zuerkennen wie Frankreich und England.

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris vom 9. März 1916:

Auf der bekanntlichen Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Diskussion nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingetretenen politischen Ueberzeugungsänderungen entsprechen ebenso wie dessen Ausgang unseren Absichten, wie sie vor Beginn des Krieges waren, nicht mehr. Dies gilt unserem Abkommen mit Frankreich und Großbritannien betreffend Konstantinopel, den Sund, Syrien und Mesopotamien sowie dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Bestrebungen, eine endgültige Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verfrüht, im allgemeinen dürfte man eingedenk sein, daß wir gesiegt sind, Frankreich und England volle Freiheit zu hoffen. Demgegenüber Wahrungen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen und Russland volle Freiheit lassen, unsere Grenzen Deutschlands und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist es, daß wir allem, zu sorgen, daß die politische Frage von den Grenzstädten der internationalen Verhandlungen ausgeschlossen, und alle Russische Politik Sicherheit indem die Grenzbefestigungen, die Mächte zu stellen verhindert werden. Was die Flottenfrage betrifft, so ist es, daß unsere Interessen, Schweden von einem gegen uns feindlichen Auftreten abzuhalten, und ebenso rechtzeitig ein Mißverständnis darüber, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht freiwillig sollte, einem Kriege mit Schweden vorzubeugen. Dänemarks sind bereits alle politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermöge seiner Lage, besonders seiner Waffen zu greifen und deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung neue Lockmittel zu bieten. Die Frage, betreffend Verordnung der Deutschen zum chinesischen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Zugang Mitwirkung unmöglich ist es notwendig, die Gegenwärtige deutsche Lage als ebenbürtigen Kriegführung zu sein betrachten, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies erscheint nicht ratsam, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist.

Isswolow.

Geheimtelegramm an den russischen Botschafter in Paris:

Petersburg, 30. Januar 1917. 507. Kopie. In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue seiner Majestät den Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe von Elsaß und Lothringen nach dem Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Tale des Saarflusses und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so regulliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Demergue sprach die Hoffnung aus, seine Kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen und ich ersuchte infolgedessen, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden konnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen,